
Wie lang ist eine Legislaturperiode im Deutschen Bundestag?

- A) 3 Jahre
- B) 4 Jahre
- C) 5 Jahre
- D) 6 Jahre

Kategorie: Deutschland

#1

Richtige Antwort:

B – 4 Jahre

Was bedeutet das Wort „Demokratie“ eigentlich?

- A) Das Volk hat die Macht.
- B) Auch die Regierung muss sich an die Gesetze halten.
- C) Die Regierung wird durch allgemeine, freie Wahlen bestimmt.
- D) Nur Bürger haben etwas zu entscheiden.

Richtige Antwort:

A – Das Wort stammt aus dem Griechischen. Demokratie (δημοκρατία) setzt sich aus dēmos (δῆμος) und kratós (κρατός) zusammen. dēmos heißt Volk, kratós heißt Herrschaft. Demokratie heißt also „Herrschaft des Volkes“.

Kategorie: Mehr Demokratie e.V. #3

Wie finanziert der Verein Mehr Demokratie e.V. seine Arbeit?

- A) Die Ausgaben für die Mitgliederversammlungen, die Kosten für die Landesbüros und das Bundesbüro und ähnliches werden aus Mitgliedsbeiträgen finanziert. Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit werden aus Steuergeldern erstattet.
- B) Aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen seiner Mitglieder. Er bekommt keine staatlichen Fördermittel.
- C) Durch das Bundesamt für Politische Bildung, ergänzt durch Spenden und Mitgliedsbeiträge.
- D) Der Verein wird größtenteils durch eine Stiftung getragen. Zusätzlich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Kategorie: Mehr Demokratie e.V. #3

Richtige Antwort:

B – Mehr Demokratie e.V. finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Der Verein bekommt keine staatlichen Fördermittel.

Bei der Wahl von Bürgermeistern oder Landräten kann es zu einem Losentscheid kommen. Wann ist das der Fall?

- A) In der Stichwahl haben beide Kandidaten genau gleich viele Stimmen.
- B) Wenn es keinen Kandidaten gibt, wird aus dem Stadtrat, Gemeinderat oder Kreistag einer ausgelost.
- C) Wenn es weniger als 2 Kandidaten gibt, werden aus dem Stadtrat, Gemeinderat oder Kreistag ein oder 2 Kandidaten ausgelost, sodass der Wähler die Wahl zwischen mindestens 2 Optionen hat.
- D) Die Behauptung ist falsch. Bei Wahlen wird nicht gelost.

Richtige Antwort:

A – Wenn in der Stichwahl bei Bürgermeister- oder Landratswahlen beide Kandidaten genau gleich viele Stimmen haben, entscheidet das Los.

Außerdem kann es auch für die Stichwahl zu einer Auslosung der Kandidaten kommen, wenn 2 oder mehr Kandidaten genau gleich viele Stimmen haben.

Wen wählen die Bürger mit der Erststimme bei der Bundestagswahl?

- A) Den Bundespräsidenten bzw. die Präsidentin
- B) Einen Abgeordneten des Bundestages.
- C) Den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin
- D) Eine Partei. Je mehr Erststimmen die Partei bekommt, desto mehr Sitze bekommt sie im Bundestag.

Richtige Antwort:

B – In jedem Wahlkreis wird ein Direktkandidat gewählt. Dieses Mandat geht an den Bewerber, der im jeweiligen Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt.

Was ist passives Wahlrecht?

- A) Das Recht, zu wählen ohne zum Wahllokal zu gehen, z.B. per Briefwahl.
- B) Das Recht, sich wählen zu lassen.
- C) Das Recht, nicht zur Wahl zu gehen.
- D) Das Recht, eine Partei zu wählen.

Richtige Antwort:

B – Das Recht, sich wählen zu lassen.

Was versteht man unter Repräsentativer Demokratie?

- A) Der Präsident darf wiedergewählt werden. So sind mehrere Amtsperioden möglich.
- B) Das Volk wählt den Präsidenten.
- C) Sachfragen werden nicht durch das Volk in Abstimmungen entscheiden, sondern durch Volksvertreter.
- D) Das Parlament wählt den Präsidenten.

Richtigen Antwort:

C – Entscheidungen werden nicht durch das Volk getroffen, sondern durch zyklisch gewählte Volksvertreter.

Kategorie: Wahlen

#8

Bei der Wahl eines Kreistages oder eines Stadt- oder Gemeinderates darf der Wähler mehrere Stimmen vergeben und damit panschieren und kumulieren. Wie viele Stimmen darf er maximal vergeben?

- A) 2
- B) 3
- C) 7
- D) So viele, wie es Sitze gibt

Kategorie: Wahlen

#8

Richtige Antwort:

D – So viele, wie es Sitze gibt

Was ist ein Konstruktives Misstrauensvotum?

- A) Die Wähler können dem Bundestag das Misstrauen aussprechen und Neuwahlen fordern.
- B) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen aussprechen, indem er einen Nachfolger wählt.
- C) Der Bundesrat kann dem Bundespräsidenten das Misstrauen aussprechen, indem er einen Nachfolger wählt.
- D) Der Bundespräsident kann dem Bundestag das Misstrauen aussprechen und Neuwahlen ansetzen.

Richtige Antwort:

B – Nach Art 67 des Grundgesetzes kann der Bundestag dem Bundeskanzler das Misstrauen aussprechen, indem er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt.

Kategorie: Mehr Demokratie e.V. #10

Ein Kernziel von Mehr Demokratie e.V. ist die Direkte Demokratie auf Bundesebene. Aber was bedeutet das?

- A) Der Bundestag wird, zumindest in seiner bisherigen Funktion, nicht mehr gebraucht. Entscheidungen werden vom Volk in Volksabstimmungen getroffen.
- B) Entscheidungen werden vom Volk in Volksabstimmungen getroffen. Der Bundestag muss sie umsetzen.
- C) In Abständen von 2 bis 6 Wochen finden Volksabstimmungen über alle wesentlichen Sachfragen der Politik statt. Die Entscheidungen sind für den Bundestag und die Regierung bindend.
- D) Die Repräsentative Demokratie bleibt die Grundlage unserer Politik. Die Bürger bekommen die Möglichkeit, bei Bedarf durch einen Volksentscheid zu korrigieren.

Kategorie: Mehr Demokratie e.V. #10

Richtige Antwort:

D – Die Repräsentative Demokratie bleibt die Grundlage unserer Politik. Die Bürger bekommen die Möglichkeit, bei Bedarf durch einen Volksentscheid zu korrigieren.

Was ist oder war das Hambacher Fest?

- A) Ein Volksfest, das seit 1952 alljährlich im Mai in Hambach gefeiert wird.
- B) Das war eine Siegesfeier anlässlich der Befreiung aus der französischen Besatzung unter Napoleon. Seit diesem Datum gehört die Pfalz wieder zu Deutschland.
- C) Es fand vom 27. bis 30. Mai 1832 in der Ruine des Hambacher Schlosses statt und war die bis dahin größte politische Massenveranstaltung in Deutschland. Die Festteilnehmer forderten nationale Einheit, Rede-, Versammlungs- und Presse-Freiheit und Volkssouveränität.
- D) Nichts von dem.

Richtige Antwort:

C – Das Hambacher Fest fand vom 27. bis 30. Mai 1832 in der Ruine des Hambacher Schlosses statt und war die bis dahin größte politische Massenveranstaltung in Deutschland. Hambach ist ein Ortsteil von Neustadt an der Weinstraße.

Um eine absolute Mehrheit im Parlament zu erlangen, müssen sich meist mehrere Parteien zusammenschließen. Wie nennt man ein solches Regierungsbündnis?

- A) Fraktion
- B) Koalition
- C) Enquete
- D) Opposition

Kategorie: Grundwissen

#12

Richtige Antwort:

B – Koalition.

Wieviele Abgeordnete hat der Bundestag regulär?

A) 298

B) 400

C) 598

D) 620

Richtige Antwort:

C – 598. Die Hälfte der Parlamentssitze wird durch Direktmandate besetzt, die andere Hälfte aus Wahllisten. Deutschland ist in 299 Wahlkreise eingeteilt. In jedem Wahlkreis wird ein Direktkandidat gewählt. Durch Überhangmandate und Ausgleichsmandate können es aber erheblich mehr Abgeordnete sein.

Wer sitzt im Bundesrat?

- A) Sachverständige aus den Regierungsparteien.
- B) Berater aus Industrie und Finanzwesen, um das Parlament zu beraten.
- C) Die Opposition.
- D) Abgeordnete aus den Bundesländern.

Kategorie: Deutschland

#14

Richtige Antwort:

D – Abgeordnete aus den Bundesländern.

Die Bundesminister werden ...

- A) ... vom Volk gewählt.
- B) ... vom Bundeskanzler bestimmt.
- C) ... vom Bundespräsidenten bestimmt.
- D) ... vom Bundestag gewählt

Richtige Antwort:

B – Nach Art. 64 Abs. 1 GG Werden die Bundesminister auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.

Wer wählt den Bundespräsidenten?

- A) Das Volk.
- B) Die Bundesversammlung.
- C) Der Bundestag.
- D) Der Bundesrat.

Richtige Antwort:

B – Artikel 54 des Grundgesetzes legt fest:
„Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt.“
Die Bundesversammlung ist ein nicht-ständiges Gremium, dessen einzige Aufgabe in der Wahl des Bundespräsidenten besteht. Sie besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden.

Was ist ein Referendum?

- A) Eine Erfrischung während der Plenarsitzung.
- B) Eine Abstimmung aller wahlberechtigten Bürger über eine Vorlage, die aus dem Volk, von einer Partei oder einer Nicht-Regierungs-Organisation erarbeitet wurde.
- C) Eine Abstimmung aller wahlberechtigten Bürger über eine Vorlage, die vom Parlament oder von der Regierung erarbeitet wurde.
- D) Eine Vollversammlung des Parlaments.

Richtige Antwort:

C – Das ist eine Abstimmung aller wahlberechtigten Bürger über eine Vorlage, die vom Parlament oder von der Regierung erarbeitet wurde. „Referendum“ ist ein Fremdwort aus dem Lateinischen und setzt sich aus der Vorsilbe re „zurück“ und dem Verb ferre „tragen“, „bringen“ zusammen. In einem Referendum wird die Entscheidung über einen politischen Gegenstand also vom Parlament an den Souverän, das Staatsvolk, „zurückgebracht“.

Was ist ein Plebiszit?

- A) Ein Zitat von Plebs.
- B) Ein Volksaufstand.
- C) Ein Volksentscheid.
- D) Eine Bürgerversammlung

Richtige Antwort:

C – Der Ausdruck Plebiszit umfasst jegliche Formen der Sachabstimmung, unabhängig davon, wer sie initiiert hat, ob sie verbindlich oder lediglich empfehlend ist, worauf sich die Abstimmung bezieht, oder auf welcher politischen Ebene (Kommune, Bundesstaat, Gesamtstaat, Supranational) sie stattfindet.

Das Plebiszit ist damit ein Oberbegriff, der alle Formen von Volksabstimmungen, Volksentscheiden, Referenden, Bürgerentscheiden, Volksbefragungen und vergleichbaren Instrumenten mehr umfasst.

Was ist eine Petition?

- A) Ein Gesuch von Bürgern (meist) an Staatsorgane.
- B) Ein Volksaufstand.
- C) Ein Volksentscheid.
- D) Eine Volksbefragung.

Richtige Antwort:

A – Eine Petition (lateinisch petitio „Bittschrift,“) ist ein Gesuch an eine zuständige Stelle, zum Beispiel eine Behörde oder Volksvertretung. Die Zulässigkeit von Petitionen ist ein allgemein anerkannter Bestandteil der demokratischen Grundrechte eines jeden Bürgers.

Der Bundeskanzler ist immer auch ...

- A) ... oberster Befehlshaber der Bundeswehr.
- B) ... Regierungschef.
- C) ... Parteivorsitzender.
- D) ... Staatsoberhaupt.

Kategorie: Deutschland

#20

Richtige Antwort:

B – Der Bundeskanzler ist der Regierungschef. Oberster Befehlshaber der Bundeswehr ist er nur im Verteidigungsfall.

Wer muss einem so genannten zustimmungsbedürftigen Gesetz zustimmen?

- A) Das Volk.
- B) Alle Bundestagsabgeordneten.
- C) Das Bundesverfassungsgericht
- D) Der Bundesrat.

Richtige Antwort:

D – Zustimmungsbefürftige Gesetze bedürfen nach dem Gesetzesbeschluss durch den Deutschen Bundestag auch der Zustimmung des Bundesrats. Welche Gesetze das sind, regelt das Grundgesetz abschließend.

Wer kann in Deutschland Änderungen des Grundgesetzes beschließen?

- A) Der Bundeskanzler.
- B) Der Bundestag.
- C) Das Volk.
- D) Das Bundesverfassungsgericht.

Richtige Antwort:

B – Das Grundgesetz regelt in Art. 79:

(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt...

(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Wer wählt den Ministerpräsidenten?

- A) Die Abgeordneten des Landtags.
- B) Die Bürger.
- C) Die stärkste Fraktion im Landtag bestimmt den Ministerpräsidenten.
- D) Die Landräte.

Richtige Antwort:

A – In Deutschland sind die Länder als eigenständige Gliedstaaten mit parlamentarischem Regierungssystem verfasst. In den Flächenstaaten heißen ihre Regierungschefs Ministerpräsident. Der Regierungschef wird vom Landesparlament für die Dauer einer Wahlperiode in geheimer Abstimmung gewählt.

Wer kann einen Gesetzesentwurf für ein Bundesgesetz einbringen?

- A) Nur die Bundesregierung.
- B) Nur der Bundesrat.
- C) Der Präsident.
- D) Die Bundesregierung, der Bundesrat oder ein Bundestagsmitglied.

Richtige Antwort:

D – Nach dem Grundgesetz (Art. 76 Abs. 1) kann ein Gesetzesentwurf durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages und durch den Bundesrat eingebracht werden.

In welchem Artikel des Grundgesetzes steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“?

- A) Artikel 1.
- B) Artikel 20.
- C) Artikel 66.
- D) Artikel 110.

Kategorie: Deutschland

#25

Richtige Antwort:

B – Das ist der 2. Absatz von Artikel 20.

Welche Mitglieder der deutschen Bundesregierung werden vom Volk gewählt?

- A) Die Mitglieder des Bundestages.
- B) Der Bundeskanzler.
- C) Alle.
- D) Keine.

Richtige Antwort:

D – Die Bundesregierung besteht gemäß Art. 62 GG aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Art. 63 GG legt fest, dass der Bundeskanzler auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Deutschen Bundestag gewählt wird. Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen (Art. 64 GG).

Wer kann in Deutschland eine Partei verbieten?

- A) Der Bundespräsident.
- B) Das Bundesverfassungsgericht.
- C) Der Bundestag.
- D) Parteien können in Deutschland nicht verboten werden.

Richtige Antwort:

B – In Deutschland kann nur das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit einer Partei feststellen und ein Parteiverbot auszusprechen. Das führt nicht nur zu einem Verbot der Partei und ihrer Nachfolgeorganisationen, sondern auch zum sofortigen Mandatsverlust, zum Einzug des Parteivermögens und zum Verbot ihrer Kennzeichen.

Was sind die Merkmale einer modernen Demokratie?

- A) Die Regierung wird vom Volk gewählt.
- B) Das Parlament übt die Staatsgewalt aus.
- C) Freie Wahlen, das Mehrheits- oder Konsensprinzip, Minderheitenschutz, die Akzeptanz einer politischen Opposition, Gewaltenteilung, Verfassungsmäßigkeit, Schutz der Grundrechte, Schutz der Bürgerrechte und Achtung der Menschenrechte.
- D) Mehr als eine der anderen 3 Antworten ist richtig.

Richtige Antwort:

C – Typische Merkmale einer modernen Demokratie sind

- freie Wahlen,
- das Mehrheits- oder Konsensprinzip,
- Minderheitenschutz,
- die Akzeptanz einer politischen Opposition,
- Gewaltenteilung,
- Verfassungsmäßigkeit,
- Schutz der Grundrechte,
- Schutz der Bürgerrechte und
- Achtung der Menschenrechte.

Welche dieser Parteien tritt nicht in allen Bundesländern an?

- A) Die AfD.
- B) Die CDU.
- C) Die LINKE.
- D) Die GRÜNEN.

Richtige Antwort:

B – Die CDU tritt nicht in allen Bundesländern an. In Bayern gibt es mit der CSU eine Schwesterpartei. Die CDU und die CSU bilden eine Fraktionsgemeinschaft.

Aus welchem Grund darf man Briefwahl beantragen?

- A) Wenn man am Wahltag arbeiten muss.
- B) Wenn man einen Krankenschein vorlegt.
- C) Man braucht keinen Grund an zu geben.
- D) Wenn man am Wahltag verreist ist.

Richtige Antwort:

C – Seit 2008 braucht man keinen Grund mehr anzugeben.

Welche Aussage ist richtig?

- A) Der Bundeskanzler wird vom Bundespräsidenten ernannt.
- B) Der Bundespräsident wird vom Volk gewählt.
- C) Der Bundeskanzler wird vom Volk gewählt.
- D) Keine der anderen Antworten ist richtig.

Kategorie: Deutschland

#31

Richtige Antwort:

D – Der Bundeskanzler wird vom Deutschen Bundestag auf Vorschlag des Bundespräsidenten gewählt. Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung gewählt.

Was ist der Wahl-O-Mat?

- A) Der Wahl-O-Mat soll unentschlossenen Wählern die Entscheidung erleichtern. Man beantwortet bei einem Online-Test Fragen zu seinen politischen Standpunkten. Der Wahl-O-Mat ermittelt, welche Partei am besten diesen Zielen entspricht.
- B) Eine neu entwickelte Möglichkeit, online zu wählen.
- C) Ein Button, der von Bundestagsabgeordneten gerückt werden kann, um Einspruch ein zu legen.
- D) Eine computergestützte Methode zur Stimmenauszählung bei Abstimmungen im Bundestag.

Richtige Antwort:

D – Der Wahl-O-Mat ist ein Online-Test und soll unentschlossenen Wählern die Entscheidung erleichtern.

Problematisch ist, dass die von den Parteien behaupteten Positionen nicht mit dem tatsächlichen Verhalten übereinstimmen müssen. Der Wahl-O-Mat berücksichtigte zunächst nur größere Parteien, bis dies 2008 durch eine Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts München untersagt wurde. Die Begrenzung Anzahl der auszuwählenden Parteien auf acht wird kritisiert, weil sie kleine Parteien benachteiligt.

Wer wird mit der Zweitstimme gewählt?

- A) Ein Ersatzkandidat.
- B) Der Bundeskanzler.
- C) Eine Partei oder Wählergruppe.
- D) Der Direktkandidat.

Richtige Antwort:

C – Die Zweitstimme ist bei der Wahl zum Deutschen Bundestag die grundsätzlich maßgebliche Stimme für die Sitzverteilung. Mit ihr wählt der Wähler eine Partei, deren Kandidaten auf einer Landesliste zusammengestellt werden.

Nach welchem Auszählungs- oder Sitzzuteilungsverfahren wird die Bundestagswahl ausgewertet?

- A) Sainte-Laguë/Schepers; auch genannt: Webster-Verfahren, Divisorverfahren mit Standardrundung, Methode der hälftigen Bruchteile, Methode der ungeraden Zahlen.
- B) d'Hondt; auch genannt: Divisorverfahren mit Abrundung, Jefferson-Verfahren, Hagenbach-Bischoff-Verfahren.
- C) Hill-Huntington; auch genannt: Divisorverfahren mit geometrischer Rundung.
- D) Hare/Niemeyer; auch genannt: Hare'sches Verfahren, Hamilton-Verfahren, Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen

Richtige Antwort:

A – Bis einschließlich 1983 wurde nach d'Hondt ausgezählt. Dieses Verfahren wurde durch das Hare/Niemeyer-Verfahren abgelöst. Seit 2009 wird das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers angewendet.

Was sind Überhangmandate?

- A) Überhangmandate entstehen, wenn Abgeordnete innerhalb der Legislaturperiode die Partei wechseln.
- B) Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei durch die Erststimmen mehr Direktmandate im Parlament gewinnt, als ihr aufgrund ihres Zweitstimmenergebnisses zustehen.
- C) Überhangmandate nennt man die Mandate von parteilosen Abgeordneten im Landtag.
- D) Seit der neusten Wahlrechtsreform gibt es keine Überhangmandate mehr.

Richtige Antwort:

B – Überhangmandate können in Wahlsystemen auftreten, die auf einer durch Direktwahl in Wahlkreisen personalisierten Verhältniswahl beruhen. Wenn eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate erringt, als ihr gemäß dem Ergebnis der Verhältniswahl zustehen würde, erhält sie so viele Überhangmandate, wie sie Direktmandate mehr hat, als ihr Sitze nach der Verhältniswahl eigentlich zustehen.

Welche Prozent-Hürde wird bei der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz angewandt?

- A) Gar keine.
- B) 3%
- C) 5%
- D) Das hängt von der Größe der Kommune ab.

Richtige Antwort:

A – Bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz gibt es keine Sperrklausel.

Was versteht man unter „Panaschieren“?

- A) Das Verteilen mehrerer verfügbarer Stimmen auf einzelne Kandidaten unterschiedlicher Wahllisten.
- B) Das hat mit Demokratie nichts zu tun. Das ist ein Begriff aus der Botanik.
- C) Die Vergabe von mehreren verfügbaren Stimmen an einen Kandidaten.
- D) Besonders bevorzugte Kandidaten werden auf dem Stimmzettel vom Wähler farbig markiert.

Richtige Antwort:

A – Unter Panaschieren (frz. panacher „farbig machen, mischen“) versteht man bei einer Wahl mit Personen-Mehrstimmenwahlsystem das Verteilen mehrerer verfügbarer Stimmen durch den Wähler auf einzelne Kandidaten unterschiedlicher Wahllisten.

Was versteht man unter „Direkter Demokratie“?

- A) Entscheidungen des Parlaments treten sofort inkraft.
- B) Die Bürger wählen den Bundeskanzler.
- C) Die Bürger stimmen über Sachfragen selbst ab.
- D) Die Bürger wählen den Bundeskanzler und den Präsidenten.

Richtige Antwort:

C – Der Begriff direkte Demokratie bezeichnet ein Verfahren oder ein politisches System, in dem die stimmberechtigte Bevölkerung („das Volk“) unmittelbar über politische Sachfragen abstimmt.

Wer darf bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz wählen?

- A) Alle Einwohner, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten im Wahlbezirk ihre Hauptwohnung haben, wenn kein Ausschluss vom Wahlrecht vorliegt.
- B) Alle Deutschen, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten im Wahlbezirk ihre Hauptwohnung haben, wenn kein Ausschluss vom Wahlrecht vorliegt.
- C) Alle EU-Bürger, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten im Wahlbezirk ihre Hauptwohnung haben, wenn kein Ausschluss vom Wahlrecht vorliegt.
- D) Alle Deutschen, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten im Wahlbezirk ihre Hauptwohnung haben, sind wahlberechtigt wenn kein Ausschluss vom Wahlrecht vorliegt. Außerdem alle EU-Bürger, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und seit mindestens 2 Jahren im Wahlbezirk ihre Hauptwohnung haben.

Richtige Antwort:

C – Alle EU-Bürger, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten im Wahlbezirk ihre Hauptwohnung haben, wenn kein Ausschluss vom Wahlrecht vorliegt.

Kategorie: Mehr Demokratie e.V. #40

Mehr Demokratie e.V. ist eine der größten Nichtregierungsorganisationen, die sich für Demokratieentwicklung einsetzt. Wie lange gibt es den Verein schon?

- A) Seit 1968.
- B) Seit 1988.
- C) Seit 2001.
- D) Seit 2014.

Kategorie: Mehr Demokratie e.V. #40

Richtige Antwort:

B – Mehr Demokratie e.V. wurde am 12. Juli 1988 gegründet und hieß zunächst IDEE (Initiative Demokratie Entwickeln). Vorläufer hat die Organisation im „Achberger Kreis“ sowie in der „Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung“, in der „Aktion Bürgerentscheid“ und in der „Aktion Volksentscheid“.

Wann finden Wahlen in Deutschland statt?

- A) Normalerweise eine Woche lang, von Montag bis Freitag während der Öffnungszeiten des Rathauses.
- B) An einem Sonntag von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- C) An einem Mittwoch während der Öffnungszeiten des Rathauses.
- D) Das wird vom Bundeswahlleiter für jede Wahl neu festgelegt.

Richtige Antwort:

B – Der Wahltag selbst wird durch den Bundespräsidenten angeordnet. Er muss auf einen Sonntag oder einen gesetzlichen Feiertag fallen. Die Wahl geht immer von 8:00 bis 18:00 Uhr.

Was ist ein anderes Wort für Demokratie?

- A) Referendum
- B) Volksherrschaft
- C) Dekret
- D) Urwahl

Richtige Antwort:

B – Das Wort stammt aus dem Griechischen. Demokratie (δημοκρατία) setzt sich aus dēmos (δῆμος) und kratós (κρατός) zusammen. dēmos heißt Volk, kratós heißt Herrschaft. Demokratie heißt also „Herrschaft des Volkes“.

In welchem Jahr demonstrierten rund 30.000 Menschen für Demokratie am Hambacher Schloss?

- A) 1789
- B) 1817
- C) 1832
- D) 1848

Richtige Antwort:

C – Das Hambacher Fest fand vom 27. bis 30. Mai 1832 in der Ruine des Hambacher Schlosses statt und war die bis dahin größte politische Massenveranstaltung in Deutschland.

Was versteht man unter „Kumulieren“?

- A) Das ist die Absprache von Koalitionsverträgen vor der Wahl.
- B) Dieser Begriff hat mit Demokratie nichts zu tun. Er stammt aus einem völlig anderen Bereich.
- C) Das ist bei Wahlen, bei denen der Wähler mehrere Stimmen hat, die Verteilung dieser Stimmen auf mehrere Listen oder Parteien.
- D) Das bedeutet bei Personenwahlen, bei denen der Wähler mehrere Stimmen hat, das Anhäufen mehrerer Stimmen auf einen Kandidaten.

Richtige Antwort:

D – Kumulieren (von lat. cumulus – Anhäufung), auch Stimmenhäufung oder Häufeln, ist ein Begriff aus dem Wahlrecht.

Er bedeutet, dass bei Wahlen mit offenen Listen oder reinen Personenwahlen, bei denen der Wähler mehr als eine Stimme hat, mehrere dieser Stimmen auf einen Kandidaten vereinigt werden können. Die Höchstzahl an Stimmen je Kandidat ist häufig auf einen niedrigen Wert beschränkt.

Was versteht man unter *negativem Stimmgewicht*?

- A) Stimmen mit negativem Stimmgewicht sind Stimmen für die Opposition.
- B) So nennt man es, wenn ein Abgeordneter im Parlament gegen einen Antrag seiner Fraktion stimmt.
- C) Das ist ein Effekt bei Wahlen, durch den zusätzliche Stimmen der gewählten Partei zu einem Verlust an Mandaten verhelfen.
- D) So was gibt es gar nicht.

Richtige Antwort:

B – Negatives Stimmgewicht ist ein Effekt bei Wahlen, bei dem sich Wählerstimmen gegen den Wählerwillen auswirken. Also entweder Stimmen für eine Partei, die für diese einen Verlust an Abgeordnetenmandaten bedeuten; oder Stimmen, die für eine Partei nicht abgegeben werden und dieser mehr Sitze einbringen. Er widerspricht dem Prinzip der Gleichheit der Wahl, wonach jede Stimme gleich viel zählen soll, und verletzt den Anspruch, dass sich die Stimme nicht explizit gegen den Wählerwillen auswirken darf.

Was ist eine Legislaturperiode?

- A) Das ist die Zeitspanne, die zwischen der Wahl und der Amtsübergabe vergeht. So lange bleiben die Abgeordneten, die durch die vorherige Wahl gewählt wurden, weiter im Amt.
- B) Das ist die Amtsperiode einer gesetzgebenden Volksvertretung, z.B. des Parlaments. Nach diesem Zeitraum finden die nächsten Wahlen statt.
- C) So lange dürfen nach einer Wahl die Steuern nicht erhöht werden.
- D) In dieser Zeitspanne müssen die gewählten Parteien nach der Wahl eine Koalition bilden.

Richtige Antwort:

B – Das ist die Amtsperiode einer gesetzgebenden Volksvertretung, z.B. des Parlaments.

Für welche Aufgabe sind die Landtage nicht zuständig?

- A) Schulen und Universitäten.
- B) Bau und Wartung der Autobahnen.
- C) Kulturförderung.
- D) Ausstattung der Polizei.

Kategorie: Deutschland

#47

Richtige Antwort:

B – Bau und Wartung der Autobahnen ist Sache des Bundes.

Wann wurde in Rheinland-Pfalz die Todesstrafe durch Änderung der Landesverfassung abgeschafft?

- A) 15. März 1991
- B) 11. Mai 1949
- C) 18. Mai 1947
- D) 21. Dezember 1945

Richtige Antwort:

A — Die Todesstrafe wurde erst am 15. März 1991 aus der Landesverfassung gestrichen.

